

Auswirkungen des Bergbaus auf afrokolumbianische und indigene Gemeinschaften

Ein Reisebericht aus der Guajira

Germán Linares (Fotos) und Stephan Suhner (Text)

Am 15. April 2006 flogen Germán Linares und Stephan Suhner zusammen mit einer Anwältin vom Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CAJAR) und einer holländischen Journalistin nach Riohacha, der Hauptstadt des Departements Guajira. Ziel der Reise war es einerseits, die Situation der Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Kohlenmine El Cerrejón kennen zu lernen, andererseits am Jahrestag des Massakers von Bahía Portete teilzunehmen. El Cerrejón wird von einem Konsortium aus Anglo American, BHP Billiton und Glencore aus Zug (seit diesem Jahr Xstrata) betrieben.

Bei den Vertriebenen von Tabaco

In Riohacha wurden wir von einer sozialen Führungsperson der Vertriebenen des Dorfes Tabaco abgeholt und fuhren dann nach Albania, in Sichtweite der Cerrejón-Mine. Bis am Sonntag Abend wollten wir mehrere Dörfer und Siedlungen von Bauern, Afrokolumbianern und Wayúu-Indigenen besuchen, die alle in irgendeiner Art und Weise von der Kohlenmine El Cerrejón betroffen sind. In Albania hatten wir zuerst ein Treffen mit Mitgliedern der Vereinigung der Vertriebenen von Tabaco. Das Dorf Tabaco wurde im August 2001 gewaltsam geräumt, weil die Mine mehr Platz beanspruchte. Der eigentlichen Räumung ging ein langer Verhandlungsprozess voraus, bei dem enormer Druck auf die Bewohner ausgeübt wurde. Die BewohnerInnen sollten ihren Besitz verkaufen, erhielten jedoch z.T. äusserst geringe Entschädigungen. Eine Mehrheit verkaufte schliesslich ihren Besitz oder zog nach der Enteignung weg. Am Schluss leisteten noch etwa 60 Familien Widerstand.

Eine junge Frau erzählte uns, wie sie den Tag der Vertreibung am 12. August 2001 erlebt hatten. Die Einsatzkräfte hätten ihnen alles weggenommen, die Kleider, den Hausrat, alles. Auch das Vieh sei ihnen gestohlen worden. Die Sicherheitskräfte hätten sie erniedrigt, ihre Häuser seien vor ihren Augen zerstört worden. Die Soldaten hätten sich über ihre Schmerzen und ihr Weinen lustig gemacht. Noch heute hätten einige Kinder Albträume, würden weinend erwachen und hätten Angst, dass man ihnen das Haus erneut zerstöre. Die Räumung des Dorfes sei äusserst gewalttätig gewesen; es habe wegen den Schlägen der Einsatzkräfte mehrere Verletzte gegeben, die in Spitalpflege gebracht werden mussten. An der Räumung seien etwa 600 Soldaten der Armee, 400 Polizisten, Leute des Sicherheitsdepartements DAS und Sicherheitspersonal der Mine beteiligt gewesen. Das Büro des Menschenrechtsombudsmannes (Defensoría) sei die einzige staatliche Institution gewesen, die auf der Seite der Dorfbewohner gestanden habe, ohne aber effektiven Schutz leisten zu können.

Mit dieser gewaltsamen Räumung haben die letzten Bewohner von Tabaco alles verloren. Gemäss den Erzählungen der früheren Bewohner war Tabaco ein sehr wohnlicher Ort, wo sie alles Lebensnotwendige selber produzieren konnten und sogar in bescheidenem Wohlstand leben konnten. Niemand habe deshalb das Dorf verlassen wollen, zumal sie als Afrokolumbianer eine starke Bindung zu ihrem kollektiven Landbesitz hätten und der Boden nicht nur einen monetären Wert besitzt. Nun hätten sie kein Land mehr, um Landwirtschaft

zu betreiben, und keine eigenen Häuser. Es gebe starke Umweltverschmutzung und grosse Armut, viele Bewohner seien krank. Deshalb fordern sie von den Firmen, die Cerrejón betreiben, für die entstandenen Schäden aufzukommen. Ebenso wollen sie verhindern, dass sich Vorfälle wie in Tabaco wiederholen und andere Dörfer dasselbe Schicksal erleiden. Viele haben die versprochene Entschädigung nie erhalten, andere haben das Geld rasch aufgebraucht und stehen nun ebenfalls vor dem Nichts. Die Leute hätten gemerkt, dass das vermeintlich viele Entschädigungsgeld nirgends hinreicht, wenn man plötzlich Miete bezahlen und alle Lebensmittel kaufen muss. Die Vereinigung der Vertriebenen fordert deshalb eine Entschädigung, die diesen Namen verdient, und eine integrale Umsiedlung für 400 Familien aus Tabaco. Sie streben entweder die Rückgewinnung des verloren gegangenen Territoriums an oder allenfalls einen gleichwertigen Ersatz für den gemeinschaftlichen Grundbesitz in Tabaco und wollen als Dorfgemeinschaft umgesiedelt werden, nicht verstreut als Einzelfamilien.



Die Vereinigung hatte alles Mögliche unternommen, um Gerechtigkeit zu erlangen: Sie gingen bis nach Barranquilla zum Sitz der Cerrejón-Gesellschaft, und reichten Verfassungs- und Zivilklagen ein. Bis jetzt haben sie aber kein Recht bekommen, oder entsprechende Urteile werden von den Unternehmen und dem Staat ignoriert. Ein grosses Problem sei, dass es vor Ort kein Büro der Minenbetreiber gebe, das als Ansprechpartner bei Problemen dienen könne. Auch von den verschiedenen Bürgermeister der Gemeinde Hato Nuevo, zu der Tabaco politisch gehört, sei bisher keine Antwort gekommen. Die Bewohner hätten verschiedene Rechte und Ansprüche auf dem Territorium – z.B. Wegrechte – gehabt, aber für all dies seien sie von den Unternehmen nicht entschädigt worden. Auch von den Förderabgaben (*Royalties*), die das Minenunternehmen dem Staat abliefern, würden sie praktisch nichts sehen. Sie hätten gefordert, dass man damit ihre Umsiedlung bezahle, aber es wurde ihnen ausgerichtet, dafür könne man sie nicht verwenden. Zudem anerkennt der Staat die Vereinigung und die Familien nicht als Vertriebene, da sie nicht wegen dem Gewaltkonflikt vertrieben wurden. Die Opfer von Tabaco sind sehr beunruhigt und ungeduldig wegen ihrer Situation, da schon mehrere Jahre vergangen sind, ohne dass sich eine Lösung für ihre Situation abzeichnet. Sie befürchten, dass ihre Ansprüche verjähren, ohne dass sie je eine faire Wiedergutmachung erhalten.

Sintflut in Remedios

Etwa um 15.30 Uhr machten wir uns in einem Geländewagen auf nach Remedios, einem Weiler ebenfalls in der Nähe der Mine, wo auch verschiedene aus Tabaco vertriebene Familien leben. Bald begann es in Strömen zu regnen und die Fahrt auf der Schotterpiste wurde recht ungemütlich. Wir machten uns etwas Sorgen, da es sich um eine Privatstrasse der Minengesellschaft handelt, die ab 18 Uhr Abends für jeglichen Verkehr gesperrt wird. Wir

hatten also nicht viel Zeit, und diese Sturzfluten liessen nichts Gutes erwarten. Die Häuser der Vertriebenen in Remedios bestehen teilweise nur aus Lehmwänden, einem Wellblechdach und Erdboden.

Die Vertriebenen aus Tabaco, die in Remedios leben, klagen v.a. über die Verschmutzung, u.a. den Gestank von schwefelhaltigen Dämpfen aus der Mine. Es gibt zwar einen Gesundheitsposten in Remedios, und zwei Mal pro Woche kommt ein Arzt vorbei, aber trotzdem sind sie immer krank. Viele leiden unter Hautausschlägen und Juckreiz, haben Fieber und langwierige Grippe, leiden an Atemwegserkrankungen und Asthma. Für die Kinder ist die Schulbildung schwierig, da es im Weiler nur eine Primarschule gibt. Eine weiterführende Schule in einem anderen Ort zu besuchen ist schwierig, da wegen der nächtlichen Strassensperre von 18 Uhr abends bis 6 Uhr in der Früh die Zeit für Hin- und Rückfahrt nicht ausreicht. Diese nächtliche Sperrung hat einschneidende Konsequenzen für die BewohnerInnen. Selbst wenn jemand während der Nacht schwer krank wird, gibt es keinen Durchlass, angeblich aus Sicherheitsgründen. Dabei wäre es ein Leichtes, alle Bewohner zu registrieren und so Spezialbewilligungen für die Bewohner zu erteilen. Die Sprengungen in der Mine, wo die Kohle abgebaut wird, sind im Dorf gut spürbar, und manche Häuser haben wegen den Erschütterungen Risse in den Wänden.

Die Familien, die in Remedios leben, haben in Tabaco alles verloren, das Haus, ihr Land. Die meisten haben bis heute keine Entschädigung erhalten und ihren Besitz auch nicht offiziell verkauft. Das heisst, sie haben in Tabaco immer noch ihr Land, können es aber nicht nutzen, weil die Armee und die privaten Sicherheitsleute der Mine sie nicht durchlassen. Da das Minenunternehmen zudem niemandem aus Tabaco Arbeit gibt, leben sie in sehr ärmlichen Verhältnissen. Mit dem wenigen Geld, das einige Familien nach der Vertreibung erhalten haben – z.B. erhielt eine Familie für ihr Haus im Jahr 2000 2,5 Mio. Pesos (damals etwa 2000 Fr.) – kauften sie ein Taxi oder bauten eine kleine „Disco“ im Dorf, um minimale Geldeinkünfte zu haben. Diese Einkünfte sind aber instabil, ebenso die Möglichkeiten, ab und zu als Tagelöhner zu arbeiten. Da sie nun für alles bezahlen müssen, zerrinnt ihnen das Geld zwischen den Fingern. Die Vertriebenen in Remedios verlangen auch eine kollektive, mit ihnen abgeprochene und geplante Umsiedlung sowie Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten.

Etwas nach 17.30 Uhr traten wir bei anhaltendem Starkregen die Rückfahrt nach Albania an, um noch rechtzeitig um 18 Uhr den Checkpoint der Sicherheitsleute der Mine und der Polizei zu passieren. Zu Beginn ging alles gut, doch plötzlich war Endstation: vor uns warteten drei Fahrzeuge, und 50 Meter weiter vorne war die kleine Brücke, die wir drei Stunden früher achtlos passiert hatten, von einem reissenden Fluss mindestens einen halben Meter tief überflutet. Da war eine Querung auch mit dem Geländewagen zu riskant. Also warteten wir zuerst mal. Doch es regnete unaufhörlich weiter, und gegen 19 Uhr sahen wir ein, dass weiteres Warten sinnlos war. So kehrten wir nach Remedios zurück, wo wir die enorme Gastfreundschaft von Personen erleben durften, die selber nur das Nötigste zum Leben hatten. Wir erhielten trockene Kleider, und die Familien räumten sogar ihre Betten für uns!

Sonntag, 16. April – Besuch in räumungsbedrohten Siedlungen

Nach kurzer Nachtruhe fuhren wir auf der schon fast wieder trockenen Strasse zurück nach Albania, um dann die ebenfalls von der Mine betroffenen Siedlungen Chanclata, Patilla, Roche und Tamaquitos zu besuchen. Wir folgten der Landstrasse Richtung Valledupar, um nach etwa einer halben Stunde auf eine Schotterstrasse abzuzweigen. Wir mussten dabei die Mine durchqueren. Im Umfeld war alles schwarz, die Strasse mit schwarzem Schlamm bedeckt. Haushohe Lastwagen transportierten die Kohle Richtung Verladestation des Güterzuges. Chanclata und Patilla machten einen trostlosen Eindruck, die kleinen Dörfer standen durch den schweren Regen der Nacht teilweise unter Wasser, die Dorfstrassen waren glitschige Lehmpisten. Auffallend waren die vielen verlassen, halb zerfallenen Lehmhäuser. Ausser ärmlichen Lehmhütten und ganz wenigen Backsteinhäusern gab es nichts. Totale Armut inmitten des Kohlereichtums, einer der vielen widersprüchlichen Eindrücke unserer Reise!

In Chancleta erklärten uns Führungspersonen und Dorfbewohner die schwierige Situation ihrer Siedlungen. Gemäss den Ausbauplänen der Mine müssen die Dörfer geräumt werden: Roche im Jahr 2007, Chancleta 2008 oder 2009. Die Bewohner beklagen die Arglist und den Druck, mit dem das Minenunternehmen sie zum Verlassen ihrer Dörfer bewegen will. So erzählt Miguel, ein Vertriebener aus Tabaco und Führungsperson, wie die Minengesellschaft über die Situation rund um die Mine in ihren Hochglanzbroschüren nur Lügen verbreite. In Tat und Wahrheit hätten sie keine Arbeit, keine Gesundheitsversorgung, kein Trinkwasser. Der Bach, in dem sie das Wasser holen müssen, ist total verschmutzt. Im Fluss Ranchería seien Elektrokabel verlegt worden, um die Leute am Fischen zu hindern. Die Gemeinschaft von Chancleta hat kaum mehr Land; die Mine hat schon alles in Beschlag genommen und es ihren Angestellten zur Nutzung überlassen, um zu verhindern, dass die rechtmässige Gemeinschaft es noch nutzen kann, bis die Siedlung von der Mine endgültig geschluckt wird. Die Mine wolle sie aushungern, damit sie wegziehen. Denn, wenn sie Arbeit erhielten und Landwirtschaft betreiben könnten, hätten sie keinen Grund, wegzuziehen. Die Mine wolle sie aber weg haben, weshalb ihr jede Schikane recht sei. So sei letzthin die Stromversorgung für 25 Tage abgestellt worden, und die Mine drohe damit, die Strasse zu sperren. Die Bewohner haben sich ihrerseits mit Strassenblockaden zur Wehr gesetzt, und seither werden sie als Guerilleros gescholten.



Die Gesundheitsprobleme der Bevölkerung sind gravierend: Wieder sahen wir Leute mit Hautausschlägen, v.a. Kinder. Ebenso haben viele Einwohner Asthma, Lungenprobleme und Atembeschwerden. Ebenso habe es vermehrt Fälle von Missgeburten gegeben, was vor der Inbetriebnahme der Mine nicht gegeben habe. Die medizinische Versorgung der Leute ist ungenügend, meistens erhalten sie irgendwelche Tabletten oder ein Inhalationsgerät, aber nie wirklich wirksame Behandlung, geschweige denn eine saubere Diagnose. Kein Arzt getraut sich zu sagen, was der Grund für diese Krankheitsbilder ist oder sein könnte.

Da offensichtlich ist, dass die Mine die Siedlungen Chancleta, Roche und Patilla verschlucken wird, versuchen die Gemeinschaften, gerechte Entschädigungen und eine integrale Umsiedlung auszuhandeln. Die Bewohner sind bereit wegzugehen, wenn ihnen ein gleichwertiger Ersatz für ihr Land geboten wird, da sie die elende Situation nicht mehr länger ertragen wollen. Das Minenunternehmen scheint aber nicht bereit zu sein, faire Entschädigungen zu leisten und die Umsiedlung mit den Gemeinschaften auszuhandeln. Unternehmensvertreter hätten ihnen gesagt, sie könnten bezahlen was sie wollen, da sie die Unterstützung der Regierung hätten. Ebenso drohten sie den Bewohnern mit einem Konflikt wie damals in Tabaco, wenn sie nicht rasch verhandeln und die Bedingungen akzeptieren.

Nach dem Streik und den Blockaden der Bewohner hat das Unternehmen sie aufgerufen, an einem Arbeitstisch teilzunehmen, der sich jeden letzten Donnerstag im Monat treffen soll. Es ist aber keine wirkliche Verhandlung, es ist mehr ein Versuch des Unternehmens, die Bevölkerung ruhig zu stellen. Ebenso befürchten die Bewohner von Chanqueta – momentan leben noch 200 Personen dort – dass die Verhandlungen scheitern könnten oder dass man sie über den Tisch zieht. Um Verhandlungen über den Wegzug der Bewohner zu starten, schickt das Unternehmen Schätzungsexperten, um den Wert der Häuser festzulegen. Diese Experten schätzen aber einfach den Wert des Lehm- oder Backsteinhauses, ohne zu berücksichtigen, dass dieses Haus als Wohnstätte mehr wert ist als lediglich das Baumaterial, und dass unter dem Haus immenser Reichtum schlummert. So schätzen diese „Experten“ den Wert eines Lehmhauses beispielsweise auf 2000 Franken. Mit dieser Summe kann man z.B. in Riohacha oder nur schon in einem grösseren Dorf kein neues Haus kaufen oder mieten, ganz davon abgesehen, dass dort für den ganzen Lebensunterhalt bezahlt werden muss.

Trotz dieser aussichtslos scheinenden Lage sind die Forderungen der Bewohner in diesen von der Mine umzingelten Siedlungen indes klar: Angesichts der lebensunwürdigen Umstände sind sie bereit, wegzugehen. Sie wollen aber für ihre Häuser, ihren Besitz und ihr Land faire Entschädigungen, zumal unter ihrem Boden ja enormer Reichtum schlummert, und sie diesen Boden seit der Zeit der Spanischen Krone besitzen. Zudem wollen sie nicht individuell entschädigt und umgesiedelt werden, sondern kollektiv als Gemeinschaft. Für sie als AfrokolumbianerInnen ist das Territorium und das Haus der Familie sehr wichtig. Auch wenn die Jungen zur Ausbildung weggehen, andere in entfernten Städten Arbeit suchen, bleibt der Bezugspunkt das Familienhaus im Dorf, wohin man immer wieder zurückkehren kann.

Die Gemeinschaften sprechen deshalb von integraler Wiederansiedlung, während die Mine eine einfache individuelle Umsiedlung vorschlägt. Eine Wiederansiedlung, irgendwo neu beginnen zu müssen, ist immer mit Verlusten verbunden, nicht nur materieller Art. Auch die Entwurzelung müsse wieder gut gemacht werden, denn im Gegensatz zum Unternehmen sehen die AfrokolumbianerInnen in ihrer Verwurzelung im Territorium nichts Rückständiges. Unter integraler Wiederansiedlung verstehen die Gemeinschaften eine Umsiedlung als ganze Dorfgemeinschaft an einen Ort mit umfassender Infrastruktur und Dienstleistungen (Strom, Wasser, Gesundheit- und Bildungseinrichtungen), mit ausreichend gleichwertigem Land für Jagd und Landwirtschaft sowie mit Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nach all diesen Zeugenaussagen und beeindruckt vom Widerstandswillen der Gemeinschaften und von ihren Vorschlägen traten wir am späten Nachmittag die Rückfahrt nach Albania an. Wir versuchten noch, die Mine zu besuchen, trafen aber erst kurz vor sechs Uhr Abends dort ein. Trotz tausend Argumenten war es nicht mehr möglich, noch in die Mine rein zu können. Gegen 20 Uhr – es war schon stockdunkel – fuhren wir nach Riohacha zurück, wo wir ein kleines Hotel bezogen.

Der Zweite Yanama – Gedenkveranstaltung zum zweiten Jahrestag des Massakers von Bahía Portete

Am Montag Vormittag, 17. April, trafen wir uns im Stadtzentrum von Riohacha mit Debora, ihrer Mutter Doña Carmen und anderen Wayúus sowie einigen Begleitpersonen, um beim Gericht verschiedene Klagen gegen den kolumbianischen Staat einzureichen. In den Klageschriften wird dem Staat eine Mitverantwortung durch aktives Handeln oder durch Unterlassung im Massaker von Bahía Portete vorgeworfen und Schadenersatz gefordert. Nach der offiziellen Übergabe der Klagen fuhren wir nachmittags nach Norden, in die Gemeinde Uribia, wo auch Media Luna und Bahía Portete liegen. Media Luna ist ein kleines Nest gleich neben dem Hafen Puerto Bolivar, wo die Kohle auf Schiffe verladen wird. Die Fahrt bis nach Media Luna dauerte etwa 4 Stunden, wir trafen ein, als es schon dunkel war.

Der folgende Tag, Dienstag der 18. April war der eigentliche Jahrestag des Massakers, und wir gedachten dieses Tages mit einer Begehung des Ortes des Massakers. Ursprünglich war vorgesehen, die Bucht (Bahía) in Booten zu überqueren, aber es standen zu wenig grosse

und schnelle Boote zur Verfügung, um die annähernd 100 Personen zu transportieren. Also fuhren wir mit Jeeps und Geländelastwagen hin. Und wieder hatten wir wegen der Regenfälle der vergangenen Tage Probleme. Der Boden der wüstenhaften Gegend war vielerorts völlig aufgeweicht und die sonst harten und staubtrockenen Salzpflanzen äusserst heimtückisch, drohten doch die Fahrzeuge darin zu versinken. So mussten wir einen grossen Umweg machen und waren über zwei Stunden unterwegs. Die Gegend war mehrheitlich verlassen, nur wenige Rancherías waren bewohnt. Die „Strasse“ war in unglaublich schlechtem Zustand, und wir staunten immer wieder, wie Busse und Lastwagen diese Strecke meistern. Als wir von dieser Strasse, die nach Norden in andere Dörfer führt, abzweigten, war der Weg kaum mehr zu erkennen, da er in den zwei Jahren seit der Vertreibung mehrheitlich zugewachsen war.



Bei den ersten Häusern angekommen, stieg die Spannung stark an, da Soldaten in der näheren Umgebung Präsenz markierten. Es gab heftige Diskussionen über die Sicherheitssituation, aber da der Menschenrechtsombudsmann und die Polizei (die mehr Vertrauen geniesst) uns begleiteten, führten wir die Aktivitäten fort. Schon das erste Haus war ein schockierender Anblick: Die Armee und eventuell auch die Paramilitärs nutzen die Häuser als Viehställe, alles ist voll Tierkot. Die mutwilligen und ehrverletzenden Zerstörungen waren offensichtlich. An den Wänden waren Parolen geschmiert, wie „Es lebe das Kokain“. Zudem waren äusserst verletzend, sexuell gewalttätige Zeichnungen zu sehen, die klar gegen die Wayúu-Frauen gerichtet waren. Hinzu kam der Schmerz der Überlebenden des Massakers, die um ihre ermordeten oder verschollenen Angehörigen trauerten und ihren zerstörten Besitz lediglich für ein paar Minuten sehen und betreten konnten. Die einzelnen Häuser oder Rancherías der Familien sind mehrere Hundert Meter voneinander entfernt. Bei der zweiten Häusergruppe waren die Zerstörung und der Vandalismus noch offensichtlicher. Die Leute, die schon am ersten Yanama teilgenommen hatten, sagten aus, dass der Zerfall deutlich schlimmer geworden sei. In einem Zimmer war eine an Debora gerichtete Schmiererei zu lesen: eine äusserst brutale direkte Todesdrohung, verbunden mit sexueller Gewaltandrohung. Wir alle waren über all dies sehr erschüttert. Am zynischsten war aber, dass die zerfallenden und mutwillig geschändeten Häuser alle mit einem Kleber der Volkszählung vom Herbst 2005 versehen waren. Was oder wer wurde da wohl gezählt? Was für eine Absicht steckt dahinter, wenn das ganze Territorium der Wayúu als unbewohnt erscheint?

Am ergreifendsten war der Anblick eines ausgebrannten Kleinlasters, in dem beim Massaker zwei kleine Mädchen bei lebendigem Leibe verbrannten. Als ihr Vater die bewaffneten Personen kommen sah, wollte er sich mit den beiden Mädchen mit dem Pick-up in Sicherheit bringen, doch der Motor versagte den Dienst. Da in der Tradition der Wayúu Frauen und

Kinder nie angegriffen werden, sprang der Vater aus dem Auto, um sich im Gebüsch zu verstecken und sich so zu retten. Seinen beiden kleinen Töchtern würde ja nichts passieren. Die Paramilitärs aber sperren das Fahrzeug zu und zündeten es x mit den beiden Mädchen darin an. Die Trauergesänge und das Wehklagen waren an diesem Ort herzergreifend.

Danach begaben wir uns zum eigentlichen Hafen von Bahía Portete. Auch die kompaktere Siedlung beim Hafen war weitgehend zerstört und völlig verlassen. Ein verlassener Kahn rostete vor sich hin, die Mole aus Holz ist am Verrotten. Nur noch schwer kann man sich die lebhafteste Betriebsamkeit dieses Hafens vorstellen, der v.a. vom Schmuggel lebte und den Wayúu – v.a. als Träger und LadenbesitzerInnen – einen bescheidenen Verdienst und Wohlstand gab. Beim Anblick der Bucht und des Hafens wird einem aber schlagartig die strategische Wichtigkeit des Ortes bewusst: der Sandstrand fällt jäh ab, und schon wenige Meter weiter draussen ist das Meer so tief, dass grösste Hochseeschiffe mit grossem Tiefgang problemlos bis wenige Meter an den Strand fahren können, ohne dass irgendetwas ausgebaggert oder gebaut werden müsste. Jemand erzählte von Plänen, die ihm gezeigt wurden, wonach die Minenbesitzer genau hier eine weitere Anlage zur Verschiffung der Kohle von Cerrejón planen.



Am frühen Nachmittag machten wir uns auf den Rückweg nach Media Luna, erschöpft von den vielen Eindrücken und der sengenden Sonne. In Media Luna blieb Zeit für eine Siesta in der Hängematte und ein Bad im Meer. Auch hier lauter Widersprüche: Unser provisorisches Lager, wo die gegen 100 Personen in einfachsten Unterständen in Hängematten schliefen, befand sich auf dem Territorium der Wayúu, auf einem schmalen Streifen zwischen dem Strand und dem eingezäunten Grundstück des Kohlehafens. Ein riesiges Gebiet rund um den Hafen ist mit einem etwa 3 Meter hohen Zaun abgesperrt, genau der fruchtbarste Boden, auf dem die Wayúu früher in der Regenzeit etwas Ackerbau betrieben. Das Unternehmen sagt, es brauche dieses Grundstück während einigen Jahren, nachher werde es den Wayúu zurückgegeben. Mit diesem Argument weigert sich das Unternehmen auch, eine Entschädigung für das Land zu bezahlen. Einige Wayúu-Familien leben heute wieder unter erbärmlichen Umständen in Media Luna, z.T. auch Vertriebene aus Bahía Portete. So klagten sie, dass sie kaum Land für ein paar Tiere oder etwas Ackerbau haben, und dass die Trinkwasservorkommen durch die Aktivitäten der Unternehmen und des Hafens zerstört worden sind. Die Wayúu von Media Luna sind nun von Trinkwasserlieferungen der Hafenverwaltung abhängig. In Sichtweite unseres Lagers befindet sich zudem ein Windkraftpark der Stadtwerke von Medellín, wo dank dem andauernden Küstenwind Strom gewonnen wird. Die Wayúu in Media Luna haben jedoch keine einzige Glühbirne!

Nach dem Nachtessen sassen wir alle zusammen in einem grossen Kreis um ein Feuer herum. Es gab eine Vorstellungsrunde und Gespräche über die Gefühle nach den Erlebnissen des Tages und weitere Zeugnisse der Opfer. Besonders eindrücklich war die grosse Zahl von VertreterInnen anderer indigener Stämme und Völker: so waren Wayúu aus dem Süden der Guajira gekommen und Kankuamos aus der Sierra Nevada de Santa Marta und Muiscas aus Boyacá, ein Vertreter der U'wa aus den Llanos sowie Huitotos aus dem Amazonas, um ihren Brüdern und Schwestern in der Guajira beizustehen.



Am nächsten Morgen gab es einen längeren Workshop, wo verschiedene Probleme und Lösungen diskutiert wurden. Eines der Hauptprobleme ist die Weigerung des Bürgermeisters von Uribia, die Vertriebenen von Bahía Portete als solche anzuerkennen. Er beharrt auf der Version, wonach die Leute zurückgekehrt seien und es in Uribia keine Vertriebenen gäbe. Opfer die sich auf der Gemeinde registrieren lassen wollen, werden konsequent weggeschickt. Dadurch sind die Wayúu von jeglicher staatlicher Hilfe ausgeschlossen. Auch die Familien in Venezuela sind von der kolumbianischen Sozialhilfe (Acción Social) nicht registriert worden und erhalten nur eine bescheidene Unterstützung von Venezuela. Eine weitere Ungewissheit besteht in der Volkszählung vom Herbst 2005: Von den Wayúu aus Bahía Portete wurde niemand gezählt, aber die Häuser haben die Kleber des „Censo 2005“ an den Türbalken. Offensichtlich waren Leute vom Statistischen Amt dort. Aber was haben sie gezählt, respektive was für einen Bericht haben sie über Bahía Portete weitergeleitet? Die rechtmässigen BewohnerInnen von Bahía Portete befürchten, dass das nun als unbewohnt registrierte Land den Firmen zur Nutzung überschrieben werden könnte. Es soll Pläne geben, in zwei Jahren in Bahía Portete eine neue Verladestation für Kohle zu bauen.

Zum Abschluss des Yanama gab es eine kurze Gedenkminute beim Friedhof wenige Minuten vom Lager entfernt, wo mehrere Opfer des Massakers begraben liegen. Mit Glückwünschen, kleinen handwerklichen Geschenken und der Segnung durch einen Indianer vom Volk der Huitotos, der ein Muschelhorn spielte, wurden die Teilnehmenden am Yanama verabschiedet. Tief bewegt von den Erlebnissen und Eindrücken der vergangenen Tage fuhren wir am späteren Nachmittag zurück nach Riohacha, von wo wir am nächsten Morgen ins kalte und regnerische Bogotá zurück flogen.